

ÖGB neu:

Augen zu und durch?



Der ÖGB wird offener, demokratischer, wendet sich neuen Zielgruppen (Prekär Beschäftigten, MigrantInnen, etc.) zu und bindet mehr Frauen in seine Führungsstrukturen ein. All das wurde im Zuge des nach dem BAWAG-Schock eingeleiteten Reformprozesses versprochen. Doch wie sieht der ÖGB neu aus?

Basisbeschlüsse wurden unterschlagen!

Die ersten Maßnahmen waren ja nicht gerade ermutigend: Der ÖGB-Kongress wurde zuerst auf Juni 2006 vorverlegt, um wenig später angesichts der Wut an der Basis auf Jänner 2007 zurück verlegt. Die Spitze brach die Zeit, um die Wogen zu glätten. Sprich: Um hinter den Kulissen dafür zu sorgen, dass sich nicht zu viel ändert.

Das Ergebnis dieser Strategie: Viele Mitglieder resignierten und glaubten nicht daran, dass jetzt etwas zum Besseren verändert wird. Die Beteiligung an der Mitgliederbefragung und den Regionalkonferenzen blieb äußerst bescheiden. Die ZweiflerInnen sollten Recht behalten: Reden durfte man/frau zwar, mitreden war nicht so gefragt. Zwei Regionalkonferenzen in Wien stimmten für einen Antrag, der sehr konkrete Vorschläge für Veränderungen in die richtige Richtung machte (siehe Seite 2). Diese Anträge werden von der "Reformkommission" nicht einmal erwähnt. Am Ende machen die Oberen im ÖGB wieder was sie wollen.

Organisationsreform statt Politikwechsel?

In der Debatte, deren Ergebnisse ohnehin alles beim möglichst Alten belassen, dominieren organisatorische Fragen, wie mit welchen Quotenregelungen oder Service-Angeboten welche Zielgruppe besser in den bestehenden Apparat integriert werden könnte. In Wirklichkeit happert es aber bereits bei den einfachsten Dingen. Zum Beispiel bei der Information: Es soll in Zukunft noch 9 Gewerkschaften geben, erfährt man/frau en passant bei einem Gewerkschaftsseminar. Die Artikel zur Reform auf der ÖGB-Homepage bleiben so vage, dass so ziemlich alles hineininterpretiert werden kann, außer ein grundlegender Politikwechsel. Dabei wäre genau das notwendiger denn je.

Will der ÖGB Mitglieder gewinnen, muss er in seinen Kernbereichen etwas erreichen. Das würde aber einen kämpferischen Kurs bedingen. Bei den heurigen KV-Verhandlungen wurde zwar das Säbelrasseln lauter, die Ergebnisse bleiben aber genauso schlecht wie in den Jahren davor. Damit holt die Gewerkschaft keine Katze hinterm Ofen hervor.

Notwendig wäre eine Lohnpolitik, die gemeinsam auf Betriebsversammlungen beschlossen, durch Kampfmaßnahmen durchgesetzt und mit Urabstimmungen legitimiert wäre. Das wäre ÖGB neu. Die neuen Mitglieder kämen dann fast von selbst.

Harald Mahrer



Kommentar zum Kongressstag

Auch die neuen Statuten ändern nichts daran, dass die Basis weiter rein gar nichts zu reden hat. Der Kongresskoffer sieht gerade einmal 5 Seiten für Notizen vor. Hat die Führung so wenige Botschaften? Oder rechnet sie ohnehin damit, dass alles einfach hingenommen wird?

Auch an der inhaltlichen Ausrichtung ändert sich nichts. Der Kurzbericht beginnt mit der Feststellung "Die österreichische Wirtschaft muss im längerfristigen Durchschnitt um jährlich circa 2,5% real wachsen...". Im Klartext: "Nur wenn's der Wirtschaft gut geht, dann schaut auch für die Beschäftigten was raus." Kein Wort, kein

Heute, Dienstag ist "Reformtag". Doch welche Reform?

Plan zu Fragen der Umverteilung, ArbeitnehmerInnenrechten oder ähnlichen Dingen ...

Zur Eröffnung des Gewerkschaftstages am Montag waren hohe Gäste geladen. Münchhausen Gusenbauer, Pater Willy Molterer, Gewerkschaftsfeind Bartenstein und Oberunternehmer Leitl - allesamt wurden sie vom ungewählten ÖGB-Chef Hundstorfer freundlich begrüßt. Zu Leitl gab's sogar die Bemerkung: "Sozialpartnerschaft ist gelebte Praxis. Was ist damit gemeint: Die mageren Lohnabschlüsse vom Herbst und die Arbeitszeitverlängerung, welche die Regierung plant?"

Laut Polizeiangaben hat die ÖGB-Spitze übrigens extra Tretgitter vor dem Austria Center angefordert. Um sich vor der Basis zu schützen, die bei ihren Plänen nicht mitspielt? Nicht nur das Polizeiaufgebot bei unserer Aktion "ÖGB: Umfallen verboten" war jedenfalls enorm. Auch das Interesse mehrerer Delegierter dürften wir wohl mehr geweckt haben, als die Sager, des ÖGB-Präsidenten plus einer seltsamen Tanzperformance im mehr als schütter besetzten Konferenzsaal ...

Sonja Grusch

Teil 2: Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn



20 Jahre nach dem Beschluss des ÖGB-Bundeskongresses, die Einführung der 35-Stundenwoche umsetzen zu wollen, schreibt die AK OÖ: "Im Jahr 2006 hatten unsere unselbständigen Vollzeitbeschäftigten mit 42,4 Stunden gleichauf mit Großbritannien die höchste normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit zu verzeichnen."

(Quelle: www.arbeiterkammer.com/www-4289-IPS-1.html)

Neue Regierung: ÖGB-Kapitulation bei der Arbeitszeit?

Auch wenn die ÖGB-Führung das bestreitet, sind im neuen Regierungsprogramm weitere Arbeitszeitverlängerungen vorgesehen, die auf "Sozialpartnervorschlägen" basieren. Die Hinnahme von 12-Stundenschichten, ebenso wie die "generelle Ermächtigung an den Kollektivvertrag, die

tägliche Normalarbeitszeit auf bis zu 10 Stunden anzuheben" (...) kündigen eine Kapitulation des ÖGB bereits an! Offen bleiben zwei Fragen:

- 1) Wie soll durch solche Maßnahmen die hohe Arbeitslosigkeit sinken?
- 2) Was sind Beschlüsse des ÖGB-Kongresses wert, wenn in der Praxis das Gegenteil davon umgesetzt wird?

Dass die Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverlängerung nicht sinkt, lernt man eigentlich schon in der Gewerkschaftsschule. Frage zwei kann demgegenüber auch für ein weiteres zentrales Feld gewerkschaftlicher Tätigkeit gestellt werden:

Armutsentwicklung und die Forderung nach Mindestlohn

Österreich ist ein reiches Land mit Massenarmut: Bis zu einer Million Menschen sind davon unmittelbar betroffen. Ein Mindestlohn von 1000 Euro brutto ist weder umgesetzt, noch bedeutet er - mit 820 netto - eine wirkliche Bekämpfung dieser Armut. Nicht zuletzt weil Vollzeitarbeitsplätze immer rarer werden. Noch schlimmer scheint, dass es zur vorliegenden "Mindestsicherung" keine Proteste des ÖGB gibt. Notwendig wäre aber ein solcher Widerstand, da die Armutskonferenz zu Recht warnt: "Die Erhöhung der Richtsätze auf 726 Euro bei Einrechnung von bisher extra gewährten Heiz- und Wohnkostenzuschüssen führt nicht unbedingt zu Verbesserungen (...) Das im Regierungsprogramm vorliegende Konzept ist keine

Grundsicherung (...). Es darf nicht bei den beschämenden Bedarfsprüfungen bleiben (...). Wer Hilfesuchenden die letzten Ressourcen nimmt, verfestigt Armut, statt sie zu bekämpfen. Das sind die entscheidenden Details, wo Armutsbekämpfung endet und Hartz IV beginnt (...)" (Quelle: www.armutskonferenz.at)

Ebenso schlimm erscheint, dass die Mehrheit der ÖGB-Spitze dem Regierungsprogramm trotz der Drohung StudentInnen für sechs Euro pro Stunde "Sozialjobs" verrichten zu lassen, zugestimmt hat. Hier würde sich ein konkreter Punkt anbieten nicht nur die Niedriglöhne in diesem Bereich zu thematisieren. Vielmehr könnten auch gemeinsame Proteste von Beschäftigten im Sozialsektor und Studierenden gegen die asoziale Regierungsvorlage organisiert werden.

John Evers



Kundgebung der Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften am Montag bei der Kongress-Eröffnung.

so geht's auch:

Die französische Regierung hat unter dem Vorwand, dass sie die hohe Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen wolle, einen neoliberalen Angriff gestartet. Sie versuchte die Probezeit für Jugendliche unter 24 von 1 auf 2 Jahre zu verlängern

Frankreich: Streik zahlt sich aus

(CPE). Auf Grund von Druck, der auf der Straße von Jugendlichen und der ArbeiterInnenklasse erzeugt wurde, musste die Regierung den Rückzug antreten. Nach nur einer Woche Protest hat die Regierung im April das Gesetz zurücknehmen müssen - ein großer Sieg, nicht nur für die Bewegung in Frankreich, sondern für den Widerstand gegen Sozialabbau in ganz Europa.

Gewerkschaftsführung bremste

CPE ist aber nur ein Teil des "Gesetzes für Chancengleichheit", das folgende Angriffe

beinhaltet: Legalisierung von Nachtarbeit für Jugendliche, Einführung der Lehre ab 14, de facto Abschaffung der Schulpflicht bis 16 und andere neoliberale Frechheiten.

Laut Umfragen waren 73% der Bevölkerung gegen CPE und die Gewerkschaft hat der Regierung mit einem Generalstreik gedroht. Teile der Führungsebene der Gewerkschaften haben allerdings die Ausweitung der Proteste schließlich doch verhindert und damit der konservativen Regierung das Leben verlängert.

Besonders bemerkenswert erscheint trotzdem, dass in Frankreich scheinbar machtlose Gewerkschaften (Organisationsgrad 8 Prozent) dazu beitrugen, dass zumindest ein Teilsieg errungen werden konnte. Und zwar deshalb, weil gewerkschaftliche Methoden angewendet wurden, mobilisiert und gestreikt wurde. Etwas was sich der ÖGB - angesichts der geplanten Regierungsmaßnahmen zur Arbeitszeit und Studiengebühren - ins Stammbuch schreiben sollte ...

Martin Camberger

Beschluss zweier Regional-konferenzen vom ÖGB verschwiegen!

Dieser Antrag wurde von den Regional-konferenzen in Wien am 5. bzw. 9. Oktober 2006 beschlossen und in der Folge von der ÖGB-Spitze unter den Teppich gekehrt.

Urabstimmung und BetriebsrätInnenkonferenzen

Bei wichtigen Fragen (zB KV-Verhandlungen) müssen die Ziele auf BR-Konferenzen erarbeitet und beschlossen, und die Ergebnisse durch Urabstimmung legitimiert sein.

Jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit der FunktionärInnen

Spitzenfunktionäre müssen von den betroffenen Mitgliedern direkt gewählt werden.

Delegierte zu Kongressen sollen auf Betriebs- und Regionalkonferenzen direkt gewählt werden. Es muss möglich sein FunktionärInnen abzuwählen.

Durchschnittslohn für FunktionärInnen

KeinE GewerkschaftsfunktionärIn soll mehr verdienen, als die Mitglieder, die er/sie vertritt. FunktionärInnen sollen den Durchschnitt der KVs in ihrem Bereich verdienen.

Kämpferischer Kurs statt Sozialpartnerschaft

Die Gewerkschaftspolitik muss sich an den Mitglieder- und nicht an Wirtschaftsinteressen orientieren.

ÖGB-Spitze muss sich an Beschlüsse halten!

Keine Zustimmung zu Verschlechterungen!

ÖGB-Kongresse beschließen viele schöne Forderungen: In der Praxis stimmen ÖGB-FunktionärInnen vielfach Maßnahmen zu, die auf Sozialabbau, Arbeitszeitverlängerung und Reallohnverluste hinauslaufen.

Schluss mit dieser Kriecherei!

"Das Regierungsprogramm bildet insgesamt eine Basis zur Zusammenarbeit zwischen der neuen Bundesregierung und dem

ÖGB", heißt es auf der ÖGB-Homepage. Aber warum? In diesem Übereinkommen werden viele Verschlechterungen angekündigt (Ladenschluss, Arbeitszeit...). Erinnern wir uns: 2000 warfen die Krone und die Regierungsparteien dem ÖGB vor, gegen die blauschwarze Regierung zu hetzen, weil die SPÖ in die Opposition musste. "Der ÖGB wird jede Regierung danach beurteilen, was sie für ArbeitnehmerInnen macht", war damals die - richtige - Verteidigungslinie des ÖGB. Genau das verlangen wir jetzt auch vom ÖGB! Dann kann aber nur Widerstand rauskommen: Viele ÖGB-Mitglieder und auch die Gewerkschaftsjugend beteiligen

Unterstütze den Initiativantrag!

KeinE GewerkschafterIn darf Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen zustimmen, egal in welchem Gremium.

► *Unterstütze den Antrag der Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften mit deiner Unterschrift.*

► *Unsere Forderungen und die Möglichkeiten zur Mitarbeit findest Du auf www.gewerkschaftsplattform.org.*

die Strategie fehlt, wie diese Kämpfe auch gewonnen werden können.

Grundsatzbeschluss muss her!

Das Problem fängt schon an, wenn Gewerkschaften selbst Pensionskürzungsreformen vorschlagen oder bei Verhandlungen Verschlechterungen zustimmen statt Widerstand zu organisieren. Wir wollen daher einen Grundsatzbeschluss durchsetzen, dass keinE GewerkschafterIn in einem öffentlichen Gremium künftig Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen zustimmen darf! Als Sofortmaßnahme sollten die KollegInnen in Betriebsversammlungen über die Angriffe im Regierungsprogramm informiert werden. Dann muss der ÖGB Kampfmaßnahmen bis hin zu Streiks organisieren.

Michael Gehmacher



leitls märchenstunde

Das goldene Kalb um das die alte und neue ÖGB-Führung tanzt, ist die Sozialpartnerschaft. Es geht ums "Mitgestalten" - das Ergebnis ist zweitrangig. Das zeigt das jüngste Sozialpartnerabkommen (unterschrieben u.a. von Hundstorfer und Tum-

den? Konkret verhindert hat aber z.B. der Eisenbahnerstreiks etwas, wenn auch noch wesentlich mehr drinnen gewesen wäre ...

Die Unternehmer haben niemals vergessen, dass Beschäftigte und UnternehmerInnen unterschiedliche Interessen haben: Wir wollen für unsere Arbeit ordentlich bezahlt werden und lieber kürzer arbeiten. Sie wollen, dass wir länger, aber um weniger Lohn arbeiten.

Sozialpartnerschaft führt also nicht zu Lösungen, von denen beide Seiten profitieren. Für welche Seite die konkrete "Lösung" besser ausfällt, das hängt vom Kräfteverhältnis ab. Das ist seit längerem - v.a. auch wegen der zahmen Haltung des ÖGB - zu Gunsten der Unternehmen; wie das permanente Sinken der Lohnquote zeigt. Deshalb müssen die Gewerkschaften wieder in die Offensive gehen - um das Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten zu verändern. Und dann keine faulen Kompromisse eingehen, sondern für die Beschäftigten das rausholen, was uns auch zusteht.

Sonja Grusch

Sozialpartnerschaft nützt den Beschäftigten

pel), aus dem die ärgsten Angriffe der neuen Regierung auf Beschäftigte übernommen wurden. Das sind u.a. "Flexibilisierung des gesetzlichen Arbeitszeitrechts" und "wechselseitige Kündigungsmöglichkeit" bei Lehrlingen.

Das Märchen: Ohne Sozialpartnerschaft würde es den Beschäftigten und Unternehmern heute nicht so gut gehen. Die Realität: Nach Pensionsraub, Privatisierungen, Bildungsabbau und massiven Kürzungen im Gesundheitswesen stimmt das offensichtlich nur für die Unternehmerseite!

Konnte dank Sozialpartnerschaft wenigstens noch Schlimmeres verhindert wer-

der fritz des tages



Man muss nicht Fritz heißen, um sich wie ein Fritz zu benehmen:

Seine gestrige Begrüßungsrede war farblos bis peinlich. Dem Begriff "Ich-AG" stellte er die "Wir-AG" positiv gegenüber - anstatt von der Notwendigkeit des solidarischen Kampfes der Lohnabhängigen gegen die Anmaßungen des Kapitals zu sprechen. Aber wie sollte er auch, hat er doch anwesende Kapital-VertreterInnen auf das herzlichste begrüßt. Die Pfiße im Saal, die sich gegen Leitl, Gusenbauer und Molterer rich-

Der Fritz des Tages heißt heute Rudi

teten, ignorierte er. Aber vielleicht hat er sie - wie so vieles in den letzten Monaten - erst gar nicht gehört.

Die Rede ist von Rudolf Hundstorfer der in einem Formalakt aller Voraussicht nach am Mittwoch zum Präsidenten gewählt werden wird.

Hundstorfer ist angetreten um den "ÖGB neu" zu kreieren. Allerdings war sein Engagement von Anfang an nicht zu ambitioniert angedacht. Anstatt einzugestehen, dass sich der ÖGB in seiner schwersten Krise seit seinem Bestehen befindet, versuchte er die Schuld für den BAWAG-Skandal auf einige Wenige abzuschieben. (Selber unterschrieb er in dieser Zeit angeblich nur Anwesenheitslisten). Schließlich Hundstorfer dann den ÖGB-Kongress auf heuer (entgegen den ersten Ankündigungen) und versuchte in der Zwischenzeit alles zu tun um wirkliche Mitbestimmung der Gewerkschaftsmitglieder zu verhindern. Die Mitgliederbefragung war eine Ansammlung von Nonna-Fragen und wurde selbst für eingefleischte BürokratInnen ein beschämender Flop. Um sich den Schein von demokratischen Strukturen und Mitgliedermitbestimmung zu geben hielt man Regionalforen ab, die Menschen mit Hang zum selbstständigen Denken einfach nur weh tun konnten. Alles wurde gemacht um zu verhindern, dass Mitglieder ihre Wut, ihre Ängste und Ideen in entsprechend demokratischer Form miteinander austauschen konnten. Zu groß war (und ist) wohl die Angst vor der Basis, die (noch) nicht ausgetreten sind. So wurde unter Hundstorfers Regie der "ÖGB neu" als Machwerk der Spitzenbürokratie, die in der Ära Verzetnitsch groß geworden ist, konstruiert. Und es verwundert dann schlussendlich auch nicht, dass Hundstorfer einem Regierungsprogramm eine gute Note gibt, welches für die Lohnabhängigen weitere Verschlechterungen bringt ...

Roman Dietinger

Sozialpartner sind keine Partner sondern potentielle Gegner. Der Nachhilfelehrer Gusenbauer braucht selbst Nachhilfe in politischer Bildung.

Erich Dittrich, GdG, Personalvertreter

das sagen kollegInnen über den ÖGB

Angesichts der neuen Regierung darf der ÖGB nicht wieder in den Fehler verfallen, aus Treue zur SPÖ den neoliberalen Kurs dieser Partei zu unterstützen und muss kämpferisch gegen Privatisierungen und Sozialabbau auftreten.

Oliver Jonischkeit, GLB-Bundessekretär im ÖGB

Nach Jahrzehnten des Ja-sagens muss sich der ÖGB endlich wieder auf seine tatsächlichen Aufgaben besinnen und zu wirklicher Politik für ArbeitnehmerInnen zurückkehren.

Herbert Wanko, Elektromechaniker, Betriebsrat, GMTN Wien

Der ÖGB wird sich befeißigen müssen, einen auch nicht parteikonformen Weg einzuschlagen.

Günter Drobnig, ehem. Landesvorsitzender DJP Kärnten.

Der ÖGB als Sozialpartner übernimmt die Forderungen der Wirtschaft zwar nicht sofort, geht aber in kleinen Schritten in gleiche Richtung. Ich würde mir wünschen, dass die Mitglieder die neuen Ziele des ÖGB wesentlicher mitentscheiden. Die Gewerkschaftsführung ist keine Standesvertretung für BeamtInnen oder Angestellte oder ArbeiterInnen, sondern muss sich an den Interessen aller Mitglieder orientieren.

Walter Haberl, GPA-DJP

Werde aktiv bei der Plattform: ÖGB verteidigen heißt ÖGB verändern!

Die *Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften* ist eine Gruppe von GewerkschaftsaktivistInnen und BetriebsrätInnen unterschiedlicher Branchen und Fraktionen. Wir haben uns nach den Streiks im Jahr 2003 formiert und seither bei allen großen Auseinandersetzungen versucht aktiver Bestandteil der Bewegung zu sein. Wir stehen für eine echte Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung entlang folgender inhaltlicher Linien:

Urabstimmungen & BetriebsrätInnen-Konferenzen

Bei wesentlichen Fragen (z.B. KV-Runden) müssen die Ziele auf Betriebsversammlungen und BetriebsrätInnen-Konferenzen demokratisch festgelegt werden. Verhandlungsergebnisse müssen Urabstimmungen durch die Betroffenen Mitglieder unterzogen werden.

Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit von FunktionärInnen

Vorsitzende und Bundesvorstände der Gewerkschaften und des ÖGB müssen von den jeweiligen Mitgliedern regelmäßig in direkter Wahl gewählt werden. Delegierte zu Kongressen müssen direkt in den Betrieben gewählt werden. Es muss möglich sein, Funktionäre jederzeit abzuwählen.

Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften

Durchschnittslohn für GewerkschaftsfunktionärInnen
Kein/e GewerkschaftsfunktionärIn darf mehr verdienen, als die Mitglieder, die er/sie vertritt. FunktionärInnen sollen den Durchschnitt der KVs ihres Bereichs verdienen.

Kämpferischer Kurs statt Sozialpartnerschaft
Kämpferische Kampagnen für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, offensive Lohnrunden, entschiedenes Auftreten gegen Privatisierung und Flexibilisierung, die auf die Kraft der Mobilisierung der Mitgliedschaft setzen, statt sozialpartnerschaftliches Verwalten des Sozialabbaus.

Interessierte KollegInnen sind herzlich eingeladen
KollegInnen, die – wie wir – die Gewerkschaftsbewegung von innen in solidarischer Weise erneuern wollen, sind herzlich eingeladen, mit uns ins Gespräch (und auch zu gemeinsamen Aktionen) zu kommen.



aktionen - termine - veranstaltungen

Kundgebung *KeinE GewerkschafterIn darf Verschlechterungen zustimmen!*
Mi. 24. Jänner 2007, 8³⁰ Uhr
vor dem Austria-Center

Kongress-Treffpunkt *Die Plattform steht Rede und Antwort*
Di. 23. Jänner 2007, 12⁰⁰ Uhr
Cafeteria im Austria-Center
&
Mi. 24. Jänner 2007, 12⁰⁰ Uhr
Cafeteria im Austria-Center

Diskussionsveranstaltung
ÖGB-Kongress: Was nun?
Kämpferische Perspektiven 2007
Mi. 24. Jänner 2007, 19⁰⁰ Uhr
Amerlinghaus, Wien 7, Stiftg. 8

[erreichbar mit U2, U3 Volkstheater]

kontakt

Telefon: 0650 / 408 23 85

E-Mail: wastun@gewerkschaftsplattform.org

Internet: www.gewerkschaftsplattform.org

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften,
c/o Michael Gehmacher, Schiffamtsgasse 20/9, 1020 Wien
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
Druck: Eigenvervielfältigung